

Aus dem Inhalt:

Seite 3  
Lohnt es,  
DKP zu wählen?

Seite 4  
Schlechtes Ge-  
dächtnis schadet

Seite 7  
„Auf der Flucht  
erschossen“

**UZ**

Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

# notizen

Nr. 1  
22. Januar 1983

aus Bottrop und Kirchhellen

## DKP und die neue Kokerei

Im Sommer 1982 präsentierte die Ruhrkohle dem Planungsausschuß der Stadt die Pläne für die Grunderneuerung der Kokerei an der Prosperstraße. Die DKP hatte damals Bedenken gegen Einzelheiten der Planung vorgebracht. Inzwischen konnten die

Bedenken der DKP ausgeräumt werden.

Dazu trugen die umfangreichen Zusagen des Kokereileiters Dr. Holz an die Bürgerinitiative Welheimer Mark bei sowie weitere Aussagen von Dr. Holz gegenüber der DKP-Ratscherrin Irmgard Bobrzik.

## Karnevalsfeier

Die Karnevalsfeier mit der DKP-Fraktion findet wieder am Karnevalsamstag, dem 12. Februar, in der Lutherschule statt. Beginn: 20.11 Uhr. Eintritt: 6,- DM im Vorverkauf, 7,- DM an der Abendkasse.

Mit Moonlightexpress und Überraschungen.



# Nimm ihnen das Steuer weg!

## Kumpel fahren Feierschichten / Das Gespenst des Zechensterbens

Alles, was in diesen Wochen zu lesen und zu hören ist, deutet darauf hin: Die Bosse der Kohle- und Stahlindustrie haben die Ruhrkohle so in den Mist gewirtschaftet wie noch nie zuvor. Die Zeche bezahlen die Kumpels. Als erste waren die von Erin in Castrop-Rauxel dran. Besteht auch Gefahr für Prosper? Leider gibt es Zusammenhänge und Signale, die darauf hindeuten.

1. Bei Erin wurden zwar 3800 Arbeitsplätze vernichtet, aber nicht für alle Kumpel bedeutete das Entlassung. Jedenfalls nicht sofort. Denn ein Teil von ihnen wurde auf Schachtanlagen der Ruhrkohle AG übernommen. Doch für diese Kumpels wurden auf ihren neuen Arbeitsstellen keine neuen Dauerarbeitsplätze geschaffen. Nein,

man nahm sie nur vorübergehend, damit bei Erin kein großer Widerstand aufkam. Und auf Ewald, Niederberg, Westerholt, Prosper und den anderen Schachtanlagen werden diese Kumpels schon jetzt als überflüssig betrachtet. Außerdem werden die jüngeren als Konkurrenz zu den älteren unter der Stammebelegschaft miß-

braucht. Den Nutzen wird in jedem Fall die RAG haben.

2. Durch Einstellungsstopp seit fast einem Jahr, durch die 5 Tage Zwangsurlaub und die geplante Kurzarbeit wird die Produktion höchstens um 2,5 Mio. Tonnen verringert. Sie soll aber nach dem Willen der Regierung um 5 Mio. Tonnen vermindert werden.

Es ist zu befürchten, daß deshalb zwei weitere Schachtanlagen dran glauben müssen. Wer gibt die Garantie, daß Prosper nicht dabei ist? Und auch, wenn

es wieder andere Kumpels sind, die geopfert werden, der Skandal bleibt: die Leute, die bei der RAG das Sagen haben, sind unfähig, im Interesse der Arbeiter und Angestellten einen solchen Großbetrieb zu führen. Sie haben nicht die Interessen einer nationalen Energiepolitik im Auge, sondern dienen den Anteilseignern der RAG: den Stahlkonzernen und dem Kernenergie/Öl-Konzern VEBA. Es ist höchste Zeit, die RAG zu vergesellschaften und unter die Kontrolle von Belegschaften, Gewerkschaften und Gemeinden zu stellen (siehe S. 4).

## Zum Tage

Der Kraftfahrer einer Dortmunder Spedition wurde vom Arzt krank geschrieben. Einen Tag später ging der Kraftfahrer mit Sohn Sascha spazieren. Als der Kleine einen Leierkastenmann sah, nahm der Vater ihn auf den Arm. Ein Pressefotograf schoß den Schnappschuß, und die Zeitung veröffentlichte ihn.

Das Foto reichte dem Speditionsgeschäftsführer, um den Kraftfahrer zu kündigen: Wer sein Kind auf den Arm nehme, könne auch arbeiten.

## Arbeitslos

„Arbeit für alle Menschen“, unter dieses Thema stellte der Vorsitzende des Kirchenkreises Bottrop/Gladbeck, Superintendent van Bremen, seinen Neujahrsgruß.

Der evangelische Theologe stellt fest, „in bedrückender Schärfe“ stand im vergangenen Jahr das Thema Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt des Lebens. Balthasar van Bremen stellt u. a. fest: „Wenn dem Menschen die Arbeit genommen wird, bedeutet das eine Verstümmelung des Menschen.“

Er sieht für die evangelische Kirche, gerade angesichts der Ereignisse bei Siemens in Gladbeck, die Verpflichtung auch aus religiöser Sicht, „sich für die Überwindung von Arbeitslosigkeit, die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit“ einzusetzen.



Unser Bild zeigt die Eltern aus dem Bereich Knappenstraße und Welheimer Mark bei einer Demonstration entlang des gefährlichen Schulweges Prosperstraße zur Schule Welheim.

## Endlich! Schulbusse fahren wieder

Das neue Jahr begann gut für die Eltern in der Welheimer Mark, im kalten Eigen und einigen anderen Stellen unserer Stadt. Der Grund: Die Schulbusse fahren ab dem ersten Schultag im neuen Jahr wieder. Die Ursache: Nach langem Hin und Her hatte die SPD dem Druck der Eltern nachgeben müssen und endlich einen falschen Beschluß korrigiert, mit dem im Sommer alle gefährlichen Schulwege aus finanziellen Gründen und nicht wegen gestiegener Sicherheit abgeschafft wurden. Somit wurden nach den großen Ferien die

Schüler nicht mehr auf städtische Kosten per Bus transportiert. Die SPD wollte die Verantwortung und die finanzielle Belastung auf die Eltern abschieben.

Vor allem die Eltern aus dem Bereich Knappenstraße und der Welheimer Mark wehrten sich dagegen in vielen Aktionen. Sie fanden Unterstützung bei der GEW, dem Kinderschutzbund und im Rathaus in der DKP. Es zeigt sich wieder einmal: Die Bürger können zusammen mit der DKP die SPD zu vernünftigen Taten bewegen.

## Wieviel wiegt eine Stimme?

Von Heinz Czymek, Ratsherr



Am 6. März wird gewählt. Manchem Bürger bereitet diese Wahl Sorgen. Er möchte mit seiner Stimme ein Wort mitreden, er möchte die Rechten in Bonn stoppen, er möchte mehr Einsatz für den Frieden statt für Raketen, er möchte aber auch, daß unser Land aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise herauskommt. Kann der Wähler mit seiner Stimme auf diese Politik Einfluß nehmen? Durchaus!

Jedoch erinnern wir uns: Haben sich die Bonner Parteien nach den Wahlen an ihre Versprechen gehalten? Haben sie nicht oft das Gegenteil getan? Sind nicht entgegen allen Wahlaussagen in Bonn Koalitionen zusammengeschustert worden? Hatten die Lobby der Konzerne, die Schmier-Millionen von Flick & Co. meist nicht mehr Einfluß auf die Politik als der Wähler? In der Tat: Der Wähler wurde oft getäuscht. Das erboste viele, die ihre Stimme im nachhinein als verschenkt oder gar mißbraucht werten mußten.

Um es klipp und klar zu sagen: Diese Wahlen entscheiden nicht über die politischen Lebensfragen. In Wahrheit entscheidet der Druck

der Arbeiter- und Friedensbewegung aus den Betrieben und von der Straße darüber, ob der Kurs in Bonn geändert wird.

Aber wenn die von Bonn ge- und enttäuschten Wähler ein unübersehbares Signal setzen wollen, dann müssen sie den Wahltag zum Zahltag machen:

Wer die Raketenpolitik und den sozialen Kahlschlag ablehnt, kann nicht CDU oder FDP wählen.

Wer SPD wählt, unterstützt ein Jein zu den Raketen sowie die Rotstiftpolitik gegen sozial Schwache.

Wer einen klaren Kurs gegen Arbeitslosigkeit und sozialen Kahlschlag will, wer Arbeits- und Ausbildungsprogramme gegen die Bosse durchsetzen will, wer die Linke im Lande stärker machen will, muß jetzt DKP wählen. Jede Stimme ist eine wichtige Demonstration für einen Kurs im Sinne der Arbeiter.

Und die DKP hat nicht nur ein gutes Programm, sie hat Frauen und Männer wie Ferdi Kroll und Irmgard Bobrzik, die in Bonn ebenso wie im Bottroper Rat die Belange der einfachen Bürger auf die Tagesordnung setzen!

## Leserbriefe



„Endlich werden Frauen die echte Wahlfreiheit haben, nämlich entscheiden zu können, wie sie ihr Leben planen, unabhängig von sozialen und wirtschaftlichen Zwängen“, so CDU-Familienminister Geißler. Sehen wir Frauen jetzt goldenen Zeiten entgegen? Das Gegenteil scheint der Fall zu sein:

— Wenn in Bottrop die ersten Kindergärten geschlossen werden, die Elternbeiträge für die Kindergärten zu teuer werden, wer muß dann zu Hause bleiben und die Kinder betreuen?

— Wenn Krankenhäuser Betten und Personal abbauen, die Liegezeiten für die Kranken verkürzen, wer muß dann einspringen bei der Pflege der kranken Angehörigen?

— Wenn viele soziale Einrichtungen z. B. der Kin-

der-, Jugend- und Altenpflege abgebaut werden, wer steht dann auf der Straße? Krankenschwestern, Sozialarbeiterinnen und Kindergärtnerinnen!

Wir Frauen sollen den Buckel hinhalten für das Streichkonzert, mit dem die neue Rechtsregierung seit ihrem Amtsantritt zum Angriff übergegangen ist.

In unserem eigenen Interesse, im Interesse unserer Familie müssen wir uns gegen diese zutiefst frauen- und familienfeindliche Politik im schwarzen Gewand wehren. Wir werden Kohls Liebeserklärung an die Frauen, „die ein Leben lang ihre Pflicht getan haben, ohne zu protestieren...“ am 6. März den angemessenen Denkmals verpassen.

Renate Baltruweit  
Prosperstraße 36

## Notizen aus dem Rat

Der amtierende Oberstadtdirektor Bernd Schürmann hat bei seinem 60. Geburtstag verlauten lassen, daß er sich fit genug fühlt, sein Amt bis zum Erreichen des Pensionsalters, also 1987, auszufüllen. Das wollen einige Sozialdemokraten aber nicht mitmachen. Sie möchten Schürmann nach der nächsten Kommunalwahl 1984 in die vorzeitige Pension abschieben.

Nach den Vorstellungen dieser Leute soll Norbert Wallmann, jetzt Baudezernent und Stadtdirektor, der neue oberste Beamte unserer Stadt werden. Und der Nachfolger für Wallmann wird auch bereits gehandelt: Ernst Löschelt, Personaldezernent und stellvertretender SPD-Unterbezirksvorsitzender.

Auch die CDU hat Ärger in den eigenen Reihen. Hans Allekotte wird bei den nächsten Kommunalwahlen nicht mehr in Kirchhellen kandidieren. Die Kirchhellener CDU hat bereits eine Nachfolgerin ausgesucht: Josefine Trienens. Dadurch fühlt sich aber die Junge Union in Bottrop und Kirchhellen vor den Kopf gestoßen. Bisher konnten die JU-Vorsitzenden immer mit einem sicheren Sitz im Rat rechnen. Der heutige Fraktionschef Trottenburg kam so ins Rathaus, Hans Schürmann und dessen Vorgänger Heinz-Werner Gabel. Nun hat die JU eine neue Vorsitzende, Susanne Friedhoff, und die kommt sogar aus Kirchhellen und könnte so den Wahlkreis von Hans Allekotte übernehmen.

Herausgeber für die Ratsfraktion und den Kreisvorstand der DKP Bottrop: Heinz Czymek.  
Verantwortlich für den Inhalt: Siegfried Rutz, Gladbecker Straße 83  
Druck: Plambeck & Co, Neuss



## Friedensangebote aus Prag: Verhandeln statt „nachrüsten“

### Warschauer Pakt erklärt Gewaltverzicht

Was die CDU/FDP-Bundesregierung krampfhaft zu unterschlagen suchte, ist trotzdem an das Licht der Öffentlichkeit gekommen. Aus einer geheimgehaltenen Meinungsumfrage des Kanzleramtes geht hervor, daß 58 Prozent der Bundesbürger der Meinung sind, die Bundesregierung solle die Stationierung von neuen amerikanischen Atomraketen ablehnen, falls die USA die Verhandlungen mit der Sowjetunion in Genf nicht ernsthaft führen und es zu keinem Verhandlungsergebnis kommt.

Der neue Generalsekretär der Kommunisten in der Sowjetunion machte jedoch neue Vorschläge zur Abrüstung. Und vor einigen Tagen wurden in einer „Prager Erklärung“ weitere Abrüstungsangebote unterbreitet:

— Die Sowjetunion ist bereit, ihre Atomraketen in Europa auf die Zahl der englischen und französischen Raketen zu reduzieren.

— Die Sowjetunion verzichtet auf den Ersteinsatz

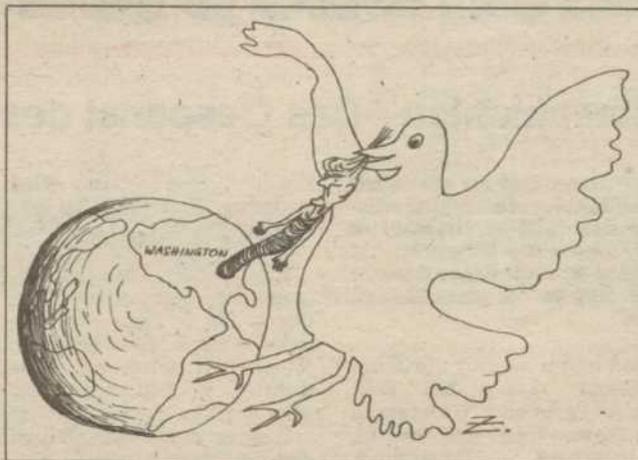
von Atomwaffen.

— Die Sowjetunion schlägt ein Abkommen über den Verzicht des Ersteinsatzes von konventionellen Waffen vor.

Die Regierungen der NATO-Staaten fühlten sich wegen des positiven Echos auf diese Vorschläge in der Öffentlichkeit in die Enge getrieben. Eine offene Ablehnung wagten Reagan, Thatcher und Kohl nicht, alle versprachen „eine ernsthafte Prüfung“.

Was man von diesem

Versprechen erwarten kann, zeigt die Tatsache, daß diese Vorschläge, die in Zeitung und Fernsehen dem neuen Mann an der Spitze der Sowjetunion zugesprochen werden, seit Oktober den Regierungen in Westeuropa bekannt sind. Noch unter Breshnew wurde den USA in Genf exakt das gleiche Angebot gemacht. Doch die Amerikaner reagierten nicht. Andropow ging nun an die Öffentlichkeit. Wenn wir Abrüstung wollen, dürfen wir uns nicht auf Kohl, Genscher und ihre Gesinnungsfreunde Reagan und Thatcher verlassen. Wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen und die Regierungen zwingen, den Willen der Bürger (siehe Umfrageergebnis oben) zu verwirklichen.



Karikatur: Zingert

## Prominenter Fehlbeleger

Klaus Bölling, prominenter SPD-Politiker und Exregierungssprecher, ist seit dem Sturz der Schmidt-Regierung Frührentner. Kohl/Genscher schickten ihn mit rund 10 000 DM Pension in den vorzeitigen Ruhestand. Klaus Bölling bezog nun vor wenigen Wochen eine neue Wohnung in Westberlin. Und zwar eine Sozialwohnung für 353,- DM Miete. Wie er das bei seinem Einkommen bewerkstelligt hat, bleibt sein Geheimnis. Oder kommen Sie drauf?

Interview mit dem DKP-Direktkandidaten Ferdi Kroll:

# Lohnt es sich, DKP zu wählen?

Am 6. März finden Bundestagswahlen statt. Für die DKP kandidiert in Bottrop Ferdi Kroll. Der gelernte Zimmermann und heutige Betonprüfer ist vielfach engagiert als Betriebsratsvorsitzender, als Gewerkschaftsfunktionär in der IG Bau — Steine — Erden, als Sportler und nicht zuletzt als Ratsherr für die DKP. Wir sprachen mit Ferdi Kroll.

**notizen:** Warum kandidierst du für die DKP, obwohl die Chancen der DKP gering sind?

**Kroll:** Ich meine, die jüngsten Erfahrungen haben die Bürger nachdenklicher und kritischer gemacht. Hat denn der Wähler, der 1980 SPD, FDP oder CDU gewählt hat, eine Einlösung der Wahlversprechungen oder nicht vielmehr einen Tritt in den Hintern als „Dank“ erhalten? Anstatt Arbeitsplätze zu sichern, wurden die Unternehmer mit Milliarden „beschenkt“ und der kleine Mann wurde geschröpft. Dieser von der SPD/FDP-Regierung eingeleitete Wählerbetrug beflügelte die FDP, zur CDU überzulaufen. Und die neue Regierung treibt die Politik des sozialen Unrechts auf die Spitze! Ist das nicht Grund genug, den etablierten Parteien einen Denkzettel zu verpassen? Deswegen kandidiert die DKP. Als Arbeiterpartei setzen wir uns konsequent für Arbeiterinteressen ein. Damit schaffen wir dem Wähler die Chance, mit seiner Stimme die Forderung nach einer anderen Politik sichtbar zu machen!

**notizen:** Wie müßte denn diese andere Politik aussehen? Was ist jetzt zu tun?

**Kroll:** Das Wichtigste sind Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die DKP hat ein Sofortprogramm, danach müßte ein gesetzliches Verbot von Massenentlassungen erfolgen, die 35-Stunden-Woche durch- und das Rentenalter herabgesetzt werden sowie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 50 Milliarden verwirklicht werden.

**notizen:** Was würde das bewirken, und wäre es überhaupt zu finanzieren?

**Kroll:** Unser Beschäftigungsprogramm sieht große Investitionen im Bereich sozialer Wohnungsbau, Umweltschutz, umweltfreundliche Energieversorgung, zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs sowie das Gesundheits- und Bildungswesens vor. Damit können zugleich Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft, Stahlindustrie und im Bergbau gesichert werden. Das ist auch für Bottrop wichtig. Übrigens fordert der DGB ähnliches.

Zu finanzieren ist dieses Programm durch Kürzung der Rüstungsausgaben, eine Arbeitsmarktabgabe auf alle Millionenvermögen, Eintreibung der Steuer-rückstände von Großunternehmen sowie die Be-

kämpfung der Wirtschaftskriminalität und Streichung der Militärhilfen für Regime wie Türkei und Chile. Das sind insgesamt weit mehr als 50 Milliarden. Wir wollen — im Gegensatz zur CDU, aber auch SPD — das Geld von denen holen, die genug haben.

**notizen:** In Bottrop ist jeder neunte arbeitslos, im Bergbau wird über Entlassungen gemunkelt. Was kann hier getan werden?



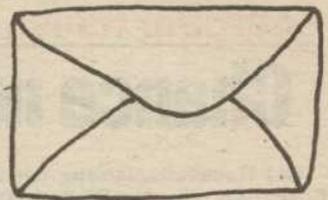
**DKP-Direktkandidat Ferdi Kroll**

**Kroll:** Wir haben im Rat vorgeschlagen, bei den anstehenden Beratungen des Haushalts die Sicherung von Arbeitsplätzen vorrangig zu behandeln. Aber insgesamt kann die Stadt nur wenig tun. Deshalb setzt OB Wilczok auf die Erweiterung der Kohle-Öl-Anlage, die 800 Arbeitsplätze bringen soll, wenn 2 Milliarden DM investiert werden. Gerade dieses Beispiel zeigt den volkswirtschaftlichen Unsinn vieler kapitalistischer Investitionen. Denn mit dieser Summe könnten — vernünftig angelegt — ca. hundertmal mehr Arbeitsplätze entstehen. Wir meinen, in Bottrop sollte ein Kohlekraftwerk mit Fernwärme-kopplung errichtet werden. Das sichert Arbeitsplätze im Bergbau, die modernen Filteranlagen und das Fernwärmenetz erfordern Arbeitsplätze im Stahl- und Baubereich oder bei Firmen wie Fishedick/Hölter.

Solche vernünftige Politik setzt voraus, daß die schädliche Macht des großen Kapitals beschnitten wird. Dessen Wirken produziert Arbeitslose. Dem wollen weder CDU noch SPD in den Arm fallen. Wer den Machtmißbrauch der Krupp, Thyssen und Flick beseitigen will, muß die DKP stärken!



DKP vor Ort: Ferdi Kroll (1. von rechts) beim Gespräch mit Bürgern.



## Briefwahl

Alle, denen es am 6. März nicht möglich ist, selbst zur Wahl zu gehen, haben die Möglichkeit, ihre Stimme per Briefwahl abzugeben.

Auf der Rückseite ihrer Wahlbenachrichtigung befindet sich ein vorgedruckter Antrag, den man ausgefüllt an das Wahlamt zurückschicken muß.

Der Stimmzettel wird dann mit der Post ins Haus geschickt. So können auch ältere oder kranke Mitbürger an den Wahlen teilnehmen.

Wie die anderen Parteien, hilft auch die DKP bei der Briefwahl. Tel. 68 81 57.

## Raketen, Krisen, Sozialabbau

# Eine traurige Bilanz

Wer am 6. März seine Stimme abgibt, sollte sich nicht von den redewandten Kraftakten der Politiker um den Finger wickeln lassen. Versprechungen wurden den Bürgern vor den Wahlen immer gemacht! Was die Parteien nach den Wahlen wirklich getan haben, wollen wir hier auflisten:

### SPD

— Mit der Operation '82 hat die SPD die große Umverteilungsaktion eingeleitet. Kürzungen und Streichungen in allen Bereichen der sozialen Ausgaben: angefangen bei den Renten über die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld bis hin zum BAFöG.

— Schwerwiegende Folgen haben sich aus dieser Politik ergeben: Die Kaufkraft der Masse ist gesunken.

— Dieses Konzept, daß die SPD als Konzept gegen die Arbeitslosigkeit verkaufen wollte, ist gescheitert.

— Die SPD hat ihren Ein-

fluß auf den amerikanischen „Bündnispartner“ nicht geltend gemacht, um die Stationierung der neuen Generation von Raketen zu verhindern. Helmut Schmidt zählt zu den Erfindern des NATO-Raketen-Beschlusses.

### CDU

Was die CDU/CSU uns seit Jahren versprochen hat, hat sie in der kurzen Zeit ihrer Regierungsverantwortung gehalten. Sie führt die Politik, die die SPD begonnen hat, mit dem Holzhammer weiter. BAFöG, Mieten und Wohn-geld waren der Anfang.

Mit dem Gerede von der „Lohnpause“ fällt sie den Gewerkschaften in den Arm. In der Raketenfrage ist diese „christliche“ Partei amerikanischer als die Amerikaner! Während die Bischöfe in den USA erklären, daß sie jede weitere atomare Aufrüstung aus christlicher Verantwortung ablehnen, propagiert die CDU bei uns die Stationierung der US-Mittelstreck-raketen.

### FDP

Die FDP hat sich mit ihrem Wortbruch vom Oktober selbst ins Abseits gestellt. Wer vor den Wahlen erklärt, es wolle mit den Sozialdemokraten regieren und seine Wähler dann mit der CDU betrügt, muß sich nicht wundern, wenn er dafür die Quittung kriegt.

## Irmgard Bobrzik auf der DKP-Landesliste

Auf Platz 3 der Landesliste kandidiert die Bottroperin Irmgard Bobrzik für die DKP. Sie ist als Montiererin bei der Firma Krups beschäftigt, 42 Jahre alt und Mutter von drei Kindern. Darüber hinaus ist sie für ihre Aktivitäten im Betrieb als Betriebsrätin bekannt. Andere werden sie als DKP-Ratsherrin aus dem Bottroper Stadtrat kennen, wo sie sich besonders im Sozialausschuß der Stadt stark engagiert. Als Versichertenälteste ist sie vielen Menschen bei Rentenansprüchen behilflich. Typisch, hier ist sie die einzige Frau unter den 52 Versichertenältesten in NRW.

## Ist „Grün“ mehr als eine Hoffnung?

Die Grünen haben allen, die an sie herangetreten sind mit der Aufforderung, zur Bundestagswahl in einem linken und demokratischen Bündnis zu kandidieren, eine Absage erteilt.

Die Grünen sagen: Wir sind allein stark genug. Wir haben niemanden nötig, um über die 5-Prozent-Hürde zu kommen.

Die DKP muß den Grünen dazu sagen: Es ist gar nicht das Wichtigste, ob die Grünen über die 5 Prozent kommen oder nicht. Das Wichtigste ist, daß die neuen amerikanischen Atomraketen nicht in unserem Land stationiert werden.

Die Grünen können im Parlament nur so stark sein, wie außerparlamentarisch Druck gegen die Raketenstationierung gemacht wird. Und diesen Druck bringen beileibe nicht die Grünen alleine auf.

Dazu ist das Wirken aller Kräfte der Friedensbewegung nötig. Und zu diesen Kräften gehört auch die DKP.

Nur dadurch können die Probleme angepackt werden:

Abbau der Massenarbeitslosigkeit — Bannung der Atomkriegsgefahr — Sicherung des Sozialstaats — Erhalt der demokratischen Rechte und Freiheiten; diese Fragen müssen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt werden, damit eine wirkliche Alternative für Arbeiterpolitik in unserem Land sichtbar wird. Darum kandidiert die DKP. **Siggi Rutz**

Bottroper Haushalt 1983

# Chance nutzen — Arbeitsplätze schaffen

Die Haushaltsplanung der Stadt Bottrop hat eine große Bedeutung für die Wirtschaft und somit für das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in der Stadt. Wird der vorliegende Entwurf dem gerecht?

1900 Menschen und ihre Familien sind direkt abhängig. So viele arbeiten bei der Stadt. Direkt betroffen sind auch die Betriebe, die auf Aufträge und Zuschüsse der Stadt angewiesen sind: Baugewerke, Bürobedarf, aber auch soziale Organisationen mit vielen hundert Mitarbeitern.

Indirekt betroffen sind andere Wirtschaftsbereiche insofern, als sich auch bei ihnen schwindende oder steigende Kaufkraft bemerkbar macht.

Insgesamt hat der Bottroper Stadthaushalt einen Umfang von 250 Millionen Mark. Diese können nur einmal ausgegeben werden:

für mehr Arbeitsplätze oder für weniger! Die DKP meint, unsere Steuergelder müssen jetzt so ausgegeben werden, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Haushalt sieht aber bisher so aus: Die Stadt zieht den Mitarbeitern der „unteren Etagen“ die Dauerschrauben an. So wurden städtische Angestellte in größerem Umfang zwar nicht entlassen, aber freiwerdende Stellen nicht wieder besetzt. In vielen Bereichen wurden Arbeitsplätze vernichtet. Trotz geschickter Vertuschung wurde bei den Putzfrauen der Stellenabbau deutlich. In einigen Ämtern werden sogenannte Organisations-

prüfungen durchgeführt. Im Sportamt hat das zu Stellenabbau geführt. Nun ist das Grünflächenamt in der Prüfungsmangel. Und die CDU will, daß das Jugendamt danach drankommt.

Der Bürger leidet unter dem Personalabbau. So sind heute schon sechs Monate Wartezeit auf Wohn-geld keine Seltenheit.

Wenn der vorliegende Entwurf unverändert gültig wird, soll Oberbürgermeister Wilczok für 1,7 Mill. DM Aktien vom RWE kaufen. Ein risikoreiches Spekulationsgeschäft!

Für mehrere Millionen will die Stadt Grundstücke von VEBA, Thyssen und Ruhrkohle erwerben. Allein die VEBA soll für feuchte Wiesen in der Boy 3,5 Mill. DM bekommen. Damit wird das Geld den

Hauptakteuren in Sachen Arbeitslosigkeit, den großen Konzernen, in den Rachen geworfen.

Arbeitsplätze können nur anders geschaffen werden: — Statt Aktienkauf Förderung des Wohnungsbaus und billige Wohnungen.

— Eintreten der Stadt zur Sicherung der Arbeitsplätze im Bergbau.

— Keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sondern Dauerarbeitsplätze vor allem in Ämtern mit großem Bürgerandrang.

— Weiterhin Zuschüsse an die sozialen Einrichtungen.

Durch Verwirklichung der DKP-Forderungen werden mehrere hundert Arbeitsplätze geschaffen. Und die brauchen wir bei 4500 Arbeitslosen in unserer Stadt ganz dringend. Ob die SPD diese Chance nutzt? **Ferdinand Kroll**

## Hundesteuer erhöht

Zum ersten Januar wurde eine neue Hundesteuererhöhung gültig. Statt 84,— DM müssen die Hundehalter nun 96,— DM für ihre Vierbeiner bezahlen, das ist eine Erhöhung um 14 Prozent.

Es gibt übrigens Möglichkeiten der Befreiung bzw. der Ermäßigung von der Steuer. Hundehalter, die Sozialhilfe beziehen, brauchen z. B. nur ein Viertel des Steuersatzes, also nur 19,— DM bezahlen. Diese Erhöhung wurde übrigens gegen die Stimmen der DKP beschlossen.

## Mehr Belastungen für öffentlichen Dienst

Jede frei werdende Stelle bei der Stadt wird sechs Monate lang nicht besetzt oder ganz gestrichen. Überstundenbezahlung wird abgebaut. Die Stadt geht dabei davon aus, daß die Arbeit trotzdem unentgeltlich geleistet wird. Der Essenzzuschuß wird von bisher 1,50 DM pro Tag auf 0,50 DM gekürzt. Bestimmte Stellen werden um eine Gehaltsstufe herabgesetzt. Dies geschieht nicht bei den Spitzenpositionen, sondern nur in den unteren Stellenbereichen. Über 200 Beschäftigte sind bei der Stadt als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme auf Zeit eingestellt. Die meisten kriegen nach einem Jahr ihre Papiere, der Rest nach zwei Jahren. Sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst?

## Achtung! An alle Wohngeldbezieher

Falls Sie in den letzten Wochen vom Wohnungsamt die Aufforderung bekommen haben, Unterlagen für die sogenannte Fehlbelegungsabgabe einzureichen — brauchen Sie dem Wohnungsamt nur mitzuteilen, daß Sie Wohngeld beziehen (und am besten

gleich die Nummer des Bescheides). In Zukunft will das Wohnungsamt von sich aus sofort die Wohngeldbezieher aussortieren. Denn wer Wohngeld bekommt bzw. verlangen kann, braucht sowieso keine Fehlbelegungsabgabe entrichten.

## Nebenbei bemerkt

Mehrere tausend Bottroper Familien bekommen im Laufe des Jahres Post vom Wohnungsamt. Alle Mieter von Sozialwohnungen müssen zahlreiche Formulare ausfüllen, damit das Wohnungsamt feststellen kann, ob der Sozialmieter die „Fehlbelegungsabgabe“ entrichten muß.

Die Ratsherren und sachkundigen Bürger der DKP-Fraktion helfen Ihnen gerne beim Ausfüllen der Formulare. **Übrigens:** Die meisten Sozialmieter brauchen diese neue Abgabe nicht zu bezahlen. Man muß allerdings die richtige Antwort beim Wohnungsamt abgeben!



## Schlechtes Gedächtnis schadet

Manche Leute haben ein Gedächtnis wie ein Sieb. Doch es ist ganz nützlich, wenn man sich dann und wann an Vergangenes erinnert.

Opfer des Gedächtnisschwundes sind gegenwärtig viele sozialdemokratische Kollegen und Freunde. Für alles, was jetzt an Mist in unserem Land passiert, haben sie einen Schuldigen: die CDU. Zum Beispiel auch für die Kohlekrise.

Es stimmt natürlich, daß einer der Bosse der Ruhrkohle AG kein anderer ist, als der CDU-Mann Rudolf von Bennigsen-Foerder. — Und dieser ist nicht nur stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Ruhrkohle AG, sondern im Hauptberuf Vorstandsvorsitzender der VEBA. Und die setzt im Profitgeschäft auf Kernkraft und Öl, nicht auf die Kohle.

Aber es stimmt auch, daß der andere stellvertretende

Aufsichtsratsvorsitzende der SPD-Mann Adolf Schmidt ist. Der Kollege Schmidt sitzt auch im Bundestag und ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender dort!

Und der damalige Kanzler Schmidt (man erinnert sich, er ist kein CDU-, sondern ein SPD-Mann) beschloß mit seiner Regierung zum 1. Januar 1981 ein Gesetz, das erhebliche Mitschuld an der gegenwärtigen schlimmen Situation trägt. Es handelt sich um das „Gesetz über das Zollkontingent für feste Brennstoffe“.

Dieses Gesetz ermöglicht höhere Einfuhren von Kohle aus anderen Ländern, z. B. aus Australien und den USA. Allein 1981 schafften

die VEBA-Töchter Raab-Karcher und Stinnes 2,3 Millionen Tonnen Kohle aus dem Ausland in unser Land. Zum Vergleich: Das Verbundbergwerk Prosper-Haniel förderte im letzten Jahr 2,5 Mill. Tonnen.

Heute steht Adolf Schmidt auf dem Standpunkt, dieses Kohle-Import-Gesetz ist falsch. Da stimmen wir ihm zu. Aber dann ist es auch falsch, daß der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende damals im Bundestag den Mund gehalten hat. Und dann ist es auch falsch, daß Adolf Schmidt jetzt wieder dazu aufruft, die SPD zu wählen. — Adolf Schmidt müßte eigentlich aufrufen, DKP zu wählen, weil die Kommunisten schon damals gesagt haben, das Kohle-Import-Gesetz schadet den Bergleuten.

**Siggi Rutz**



Die Zechenbahn an der Prosperstraße. Noch fahren hier viele Züge der Ruhrkohle AG.

**Spendenaufwurf des Parteivorstandes der DKP**

# Arbeitsplätze statt Raketen! Wehrt Euch – wählt DKP

Das arbeitende Volk steht in einem harten Winter. Massenarbeitslosigkeit und sozialer Kahlschlag. Ganze Regionen und Industriezweige werden oder sind kaputtgewirtschaftet. Die kapitalistische Krise frißt ihre Opfer. Über zwei Millionen Arbeitslose. Für Hunderttausende Jugendliche gilt das Wort: Neue deutsche Welle – alle ohne Stelle. Neben der Not, die grassiert, bewegt die Millionen die Furcht vor der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen.

Die, die das zu verantworten haben, die Arbeitsplatzkiller, die Raketenfetischisten, die Herren in Bonn und in den Konzern- und Bankzentralen, sie treten jetzt vor die Wähler. Korrupte Politiker aus allen drei Bundestagsparteien predigen öffentlich das bittere Wasser vom Sparen, von der Lohnpause, und sie saufen heimlich den süßen Wein der Bestechlichkeit. Millionen aus der schwarzen Kasse des Flick-Konzerns. Und mit wieviel sind sie von den anderen Konzernen geschmiert?

Gegen diese von Korruption zerfressene Politik, gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen, gegen die raketenbesessenen Erstschlagsstrategen, die US-amerikanischer sind als das Repräsentantenhaus in Washington, das Reagan die Finanzierung der ersten MX-Raketen verweigerte – gegen diese Parteien führt die DKP ihren Wahlkampf. Für Arbeitsplätze und gegen die Atomraketen. Für diesen Kampf braucht die DKP jede Stimme und sie braucht dafür Geld. Sie braucht Spenden.

Die DKP weiß sehr wohl, daß sie allein auf die Solidarität ihrer Mitglieder und ihrer Freunde zählen darf. Auf Arbeitergroschen. Und wir wissen, daß gerade in den Zeiten der kapitalistischen Krise die Arbeiter, die Gewerkschafter, die Frauen jede Mark umdrehen müssen. Doch der politische Kampf der marxistischen Arbeiterpartei, der DKP, kostet Geld. Jede Mark für die DKP fließt wieder zurück in den Kampf für die Rechte des Volkes. In Betriebszeitungen, Flugblätter gegen Massenentlassungen, in Solidaritätsaktionen für Arbeitslose. Darum bitten wir unsere Genossen und Freunde und alle, die sich nicht beugen wollen, um Solidarität.

Spenden können überwiesen werden:  
An den Parteivorstand der DKP: Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf, Konto-Nr.: 10140418 und auf das Postscheckkonto Köln Nr.: 808 80-505, Parteivorstand Düsseldorf

**Herbert Mies**  
Vorsitzender der DKP

**Hermann Gautier**  
stellvertretender Vorsitzender der DKP

DM Pf für Postscheckkonto Nr. <b>808 80 - 505</b>		Für Vermerke des Absenders	
Absender der Zahlkarte		Postscheckkonto Nr. des Absenders	
Postscheckkonto Nr. des Absenders	PSchA Postscheckkonto Nr. des Absenders	Postscheckteilnehmer	
<b>Empfängerabschnitt</b>		<b>Zahlkarte/Postüberweisung</b>	
DM Pf für Postscheckkonto Nr. <b>808 80 - 505</b>	DM Pf (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)	Die stark umrandeten Felder sind nur auszufüllen, wenn ein Postscheckkontoinhaber das Formblatt als Postüberweisung verwendet (Erfüllungs- siehe Rückseite)	
Absender (mit Postleitzahl)	für <b>Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Parteivorstand</b>	Postscheckkonto Nr. <b>808 80 - 505</b>	
Verwendungszweck	in <b>4 Düsseldorf Nord</b>	Postscheckamt <b>Köln</b>	
Ausstellungsdatum	Unterschrift	DM Pf für Postscheckkonto Nr. <b>808 80 - 505</b> <b>Köln</b>	
		Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Parteivorstand <b>4 Düsseldorf Nord Prinz-Georg-Straße 79</b>	

Die Flugzeuge der ungarischen Fluglinien „MALEV“ bieten Ihnen im Sommer komfortable, schnelle und günstige Flugverbindungen nach Budapest, Ungarns schöner Hauptstadt, sowie Europa und der ganzen Welt.



**MALEV**  
Ungarische Fluglinien

Baseler Straße 46, 6000 Frankfurt am Main



# PRAKTICA B 200

## Die kompakte vollautomatische PRAKTICA B 200

Abmessungen: Breite = 138 mm · Höhe = 87 mm  
Tiefe = 77 mm (mit PRAKTICAR 2,4/50)

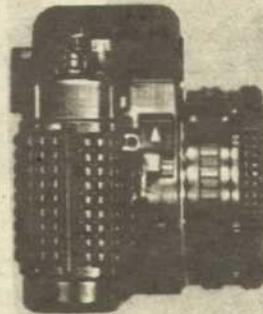
### Das bedienungsschnelle PRAKTICA-Bajonett

Adapter (Bajonett/M42-Gewinde) für den Einsatz von Objektiven und Zubehör mit M42-Gewinde. Bei Verwendung des Adapters automatische Einstellung von Kamera und Objektiven auf TTL-Messung mit Arbeitsblende.

### Metallschlitzverschluss

Anschlußstelle für Motoraufzug  
Drei-Wege-Scharfeinstellung: Bildeinstellsystem Fresnellinse mit Meßkeil, Mikroprismenraster und Matring; Automatische elektronische Belichtungszeitensteuerung; Automatischer Zeitenbereich stufenlos von 40 s bis 1/1000 s.

Grenzwertanzeige bei Unter- bzw. Überbelichtung durch Leuchtsignale.



**Kombinat VEB PENTACON DRESDEN**  
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Erhältlich bei Ihrem Fotohändler  
Bei weiteren Informationen fragen Sie

**BEROFLEX AG**

1000 Berlin 15  
Uhlandstraße 158

## Hochwertige Qualitätsweine

aus dem  
Sonnenland Ungarn

Export:

**Monimpex Budapest**  
Postfach 268 · H-1392



## FOTOSAISON zu jeder Jahreszeit



Sonnenschein, Regen, Elektronenblitz... so universell ist der

### Orwochrom UT 18

der echte ALLWETTERFILM aus Wolfen.

für Dias voll strahlender Brillanz

**VEB FILMFABRIK WOLFEN**  
Fotochemisches Kombinat  
Deutsche Demokratische Republik

Einlieferungschein/Lastschrittzettel  
(nicht zu fälschen an den Empfänger übertragen)

Gebühr für die Zahlkarte:  
bei 10 DM . . . 0,90 DM  
über 10 DM . . . 1,50 DM

Bei Verwendung als Postüberweisung — gebührentfrei

Bedienen Sie sich  
der Vorteile eines  
eigenen Postcheckkontos

Auskunft hierzu erteilt jedes Postamt

Feld  
für  
postdienstliche  
Zwecke

Hinweis für Postcheckkontoinhaber:  
Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postcheckkontos (PSchA) e. unten

2. Im Feld „Postcheckkontoinhaber“ genügt Ihre Namensangabe

3. Die Unterschrift muß mit der beim Postcheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen.

4. Bei Einreichung an das Postcheckamt bitte den Lastschrittzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchA:

Bln W - Berlin West	Kin - Köln
Dtmd - Dortmund	Lshfn - Ludwigshafen
Esn - Essen	Mchn - München
Ffm - Frankfurt	Nbg - Nürnberg
Hmb - Hamburg	Sbr - Saarbrücken
Han - Hannover	Sigt - Stuttgart
Kirh - Karlsruhe	

Für Mitteilungen an den Empfänger:



## Vor fünfzig Jahren:

Elisabeth  
Aßmann  
erinnert  
sich



Nun soll Bottrop ein neues Denkmal bekommen. Nach dem Willen der SPD soll es „den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ gewidmet werden. Damit wurde erneut abgelehnt, den Opfern des Hitlerfaschismus und den Widerstandskämpfern in unserer Stadt ein Denkmal zu setzen.

Was haben die Bottroper SPD-Ratsherren eigentlich aus der Geschichte gelernt?

Nun werden also „die

## SPD: Keine Ehrung für Hitlergegner?

Opfer des Krieges“ geehrt: die ermordeten Juden zusammen mit umgekommenen Nazibonzen, die kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandskämpfer gemeinsam mit SS-Leuten, die Geschwister Scholl, Pfarrer Bonhoeffer, Graf Stauffen-

berg genauso wie die KZ-Wachmannschaften! Will das die SPD allen Ernstes?

Die DKP wird sich dafür einsetzen, daß den Opfern des Faschismus und Widerstandskämpfern endlich auch in Bottrop ein ehrendes Andenken gesetzt wird.

# „Auf der Flucht erschossen“

Am 30. Januar 1933 kam Adolf Hitler mit seinen Mordbanden an die Macht. Einflußreiche Wirtschaftskreise hatten beim Reichspräsidenten Hindenburg erreicht, daß Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde. Die NOTIZEN befragten Elisabeth Aßmann, Ratsherrin, nach ihren Erinnerungen an die ersten Tage der Nazi Herrschaft in Bottrop.

„Ich wohnte damals mit meinen Eltern, ich bin ja eine geborene Paulus, auf der Feldstraße in der Stadtmitte, das ist heute die Kapitän-Lehmann-Straße. Meine Eltern waren in der Kommunistischen Partei. Ich war damals dreizehn Jahre alt, und da bekommt man ja doch eine Menge mit.“

Ich weiß zum Beispiel, daß ganz am Anfang im Hotel Mostert eine große Hausdurchsuchung war. Dieses Hotel stand wenige hundert Meter von meinem Elternhaus. Es war ein Rie-

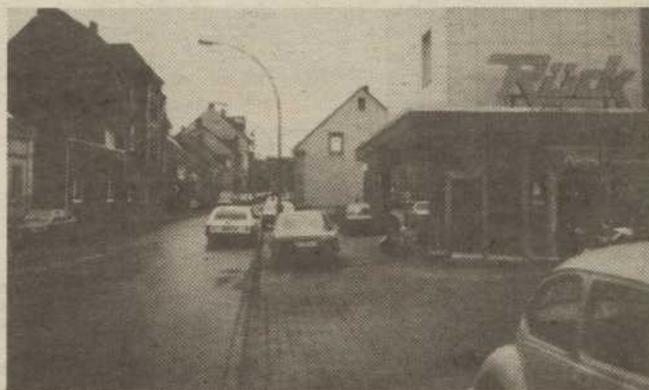
senkasten an der Ecke Peter-/Hochstraße. Ganz früher war es ein richtiges Komforthotel, dann stand es leer. Als die große Arbeitslosigkeit kam, wurden dort Notwohnungen eingerichtet, für Leute, die keine Miete mehr bezahlen konnten. Es waren auch viele Kommunisten dabei, ganz bekannte Leute damals. Ich kannte sie über meine Eltern, und weil ich mit deren Kindern auch zur Schule ging. Na ja, eines Tages erschien ein riesiges Polizeiaufgebot, SA-Leute waren auch dabei.



Hier, an der Ecke Peter-/Hochstraße, stand früher das Hotel Mostert.

Die Polizei hat bei den Kommunisten die Wohnungen durchsucht und viele wurden mitgenommen. Zum Beispiel sind Franz Kwasigroch und seine Frau mitgenommen worden. Ob die noch mal wieder freigelassen wurden, weiß ich nicht genau. Der Kwasigroch ist dann später mit Albert Mast, der auch dort wohnte, hingerichtet worden. Beide hatten sich als Kommunisten betätigt.

Einige Tage später war die Polizei dann auch bei uns, und mein Vater wurde mitgenommen. Aber er hatte großes Glück, weil der Kriminalbeamte, dem er vorgeführt wurde, ein gewisser Gornick, ein alter Schulkamerad meines Vaters war. Der hat ihn dann wieder freigelassen. Zu Anfang waren bei der Polizei noch Leute, die mit Hit-



Die Kapitän-Lehmann-Straße, früher Feldstraße.

ler nichts im Sinn hatten.

Aber viele hatten nicht dieses Glück. Ich weiß, daß ein bekannter Kommunist, ein Hans Hausladen, der von der Waterkampstraße kam, auch in diesen Tagen verhaftet wurde. Dieser

Hausladen war Abgeordneter im Landtag. Der wurde ermordet, 'auf der Flucht erschossen' — hieß es dann.

Viele Menschen hatten gehofft, daß es nicht so schlimm kommt, aber das war eine Täuschung.“



Bottroper für Ehrung der Nazi-Gegner.

## Flick schmierte immer

Die Zahlung von Geldern an Politiker vor allem der CDU/CSU und FDP, aber auch der SPD, durch den Flick-Konzern in Zusammenhang mit einer Steuerbefreiung von 450 Millionen DM steht seit Wochen im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Aber auch der Vater des heutigen Flick-Eigners Friedrich Karl Flick zahlte schon Millionen an Politiker.

Friedrich Flick, der Vater, zahlte u. a. an die Deutsch-Nationale Volkspartei unter Stresemann. Er zahlte auch an den Reichskanzler Brüning, der als Gegenleistung zu Lasten des Deutschen Reiches von Flick ein Gelsenberg-Aktienpaket im Betrag von 99 Millionen RM übernahm — dem Vierfachen des Börsenkurses!

Spätestens seit dem 27. 1.

32 zahlte Flick an die Nationalsozialisten. Nach einem Vortrag Hitlers vor dem Industrieclub suchte Flick um ein Gespräch unter vier Augen nach. Danach war Hitler für den Konzernchef „ein Führer von Format“. Flicks Konzern profitierte von der faschistischen Herrschaft und vom zweiten Weltkrieg.

Doch die Niederschlagung der Nazi Herrschaft

endete für den Wirtschaftsführer hinter Gittern. Im Nürnberger Prozeß wurde Friedrich Flick als Kriegsverbrecher „wegen Plünderung in besetzten Gebieten, Ausbeutung und Mißbrauch von über 50 000 Zwangsarbeitern und Mitgliedschaft im Freundeskreis der SS“ verurteilt.

Am 1. 7. 1951 wurde Friedrich Flick bereits wieder entlassen — auf Fürsprache einflußreicher Kreise in der CDU und weil die USA ihn für die Wiederaufrüstung brauchten.

Flick nahm schnell wieder Kontakte zu Politikern auf. So bestätigte F. J. Strauß bei seiner jüngsten staatsanwaltschaftlichen Vernehmung, daß er seit 1950 (als Flick senior noch hinter Gittern saß) enge freundschaftliche Beziehungen zu Friedrich Flick und dessen Sohn Friedrich Karl Flick unterhalten und im Laufe der Zeit „zur Unterstützung innenpolitischer wie auch zur Finanzierung internationaler Vorhaben dann und wann Beträge erhalten habe.“

# Bundesstraße 224 wird zur Autobahn

## Flächennutzungsplan wieder in der Diskussion

Eine gute und eine schlechte Nachricht hatte Stadtdirektor Wallmann bei der letzten Planungsausschusssitzung im alten Jahr dem Planungs- und Umweltausschuß mitzuteilen. Zuerst die gute: Der Flächennutzungsplan wird zum zweiten Male offengelegt. Damit erhöhen sich die Chancen für die Bürger, Einfluß auf die Planung zu nehmen. Und die schlechte: Die Bundesstraße 224 wird zur Autobahn ausgebaut und wird verlegt!

Die Verwaltung hat mittlerweile in einem umfangreichen Band alle Anregungen, die aus der Bürgerschaft zum Flächennutzungsplan kamen, zusammengestellt. Auch wenn die DKP sich nicht mit allen Eingaben identifiziert, muß man doch feststellen: Es ist schon erstaunlich, wie viele Bürger sich mit den Planungen beschäftigten und wie viele detaillierte Alternativvorschläge erarbeitet

wurden. Die Parteien und die Verwaltung wären gut beraten, sich besonders intensiv mit den Punkten zu befassen, wo viele Hunderte Bürger widersprochen haben, z. B. dem Gewerbegebiet in der Boy.

Hier in der Boy wird auch eine geradezu sensationelle Änderung wirksam. Die Straßenbaubehörde in Bochum hat der Verwaltung mitgeteilt, daß die

B 224 neu geführt werden soll. Der Grund: Sie soll zu einer 6spurigen Autobahn kreuzungsfrei ausgebaut werden. In dem Brief des Straßenbauamtes Bochum ist denn auch konsequenterweise immer von „B 224/Autobahn 52“ die Rede.

Die neue B 224/Autobahn 52 soll aus Richtung Gladbeck in Höhe der Boye die alte Fahrbahn verlassen und entlang der Boye, in Höhe Straßen Boymannsheide/Im Dorbusch über die Horster Straße geführt werden, dann das Stinneswäldchen durchqueren und in Höhe Aspelstraße/Gungfeld wieder auf die alte Fahrbahn kommen.

Die DKP wird die Anwohner in den nächsten Wochen genauer informieren. **Norbert Schäfers**



Hier sind wir sicher?

Vor einigen Wochen besichtigte die Bottroper Friedensinitiative den einzigen öffentlichen Atomschutzbunker Bottrops. Er befindet sich unter dem Parkhaus hinter Woolworth. Wer das nicht gewußt hat, sollte sich auch nicht ärgern: Im sogenannten „Ernstfall“ ist ein solcher Bunker nämlich vollkommen unsinnig, wie allgemein festgestellt wurde. Der Zweck liegt wohl eher darin, der Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, es gäbe vielleicht doch eine Überlebenschance in einem Atomkrieg. Wichtiger, als Millionenbeträge für überflüssige Bunkerbauten zu verschleudern, ist doch wohl, den Atomkrieg mit allen Mitteln zu verhindern. Oder?



## Rettet den Teich im Boytal

### VEBA betätigt sich als Umweltzerstörer in der Boy

Einer der letzten natürlichen Teiche in der Boy, der durch den hohen Grundwasserspiegel unmittelbar neben der Einmündung der Boye entstanden ist und zum Grundbesitz der Veba zählt, ist von der Zerstörung bedroht. Hier sind heute noch Tier- und Pflanzenarten erhalten, die in unseren Breiten sonst selten sind.

Die Jagd- und Schutzgemeinschaft, die das Feuchtgebiet von der Veba gepachtet hatte und sich sorgsam und mit viel Elan um Flora und Fauna kümmerte, ist jetzt von der Grundstückselgentümerin gezwungen worden, den Teich abzufischen. Der Teich als Kernstück des Naherholungsgebiets Boytal ist mittlerweile auf Druck der Bürgerinitiative Boy auch als erhaltenswert in den Flächennutzungsplan der Stadt aufgenommen worden, obwohl diese in unmittelbarer Nähe das neue Gewerbegebiet plant.

Doch es erhärtet sich immer mehr die Annahme, daß das Gewässer zerstört werden soll: Nachdem jetzt auch noch die Boye ausgebaggert wurde, ist der ölige Schlamm, der auf die Deiche geschüttet wurde, durch die starken Niederschläge der letzten Zeit in den Teich gespült worden. Dort bildet er zusammenhängende Ölfilme und verseucht Fische und Pflanzen. Die sich gegen die Zerstörung zur Wehr setzenden Naturfreunde scheint man nun von seiten der Veba mundtot machen zu wollen, indem man sie zwingt, den Fischbestand abzufischen. Für die Veba scheinen steigende Grundstückspreise (siehe Gewerbegebiet) wichtiger zu sein als praktizierter Umweltschutz!

## Importkohle — ein neuer Hit?

### Ruhrkohle spielt doppeltes Spiel

In der Bundesrepublik wird immer mehr Kohle verbraucht — gleichzeitig werden im Ruhrgebiet aber immer höhere Kohle- und Kokshalden aufgeschüttet. Das paßt doch mit dem gesunden Menschenverstand nicht zusammen!

Vor vier Jahren wurden rund 8 Mill. t Steinkohle importiert. Diese Mengen wurden seither enorm gesteigert. Die Bundesregierung hat noch unter Kanzler Schmidt genehmigt, daß 1983 die Konzerne 21 Mill. t Kohle importieren können.

Wenn die Ruhrkohle diese Menge verkaufen würde, würden damit 42 000 Arbeitsplätze im Bergbau gesichert oder sogar neu geschaffen.

Weil die Importkohle aber billiger ist als die Ruhrkohle, wird von den Elektrokonzernen und der Stahlindustrie in Norddeutschland fast nur noch Importkohle verwandt.

Übrigens: das Geschäft mit der Importkohle schadet „nur“ den Bergleuten, die Aktionäre der Ruhrkohle verdienen daran. Seit einiger Zeit ist die RAG nämlich im Besitz von Zechen in den USA und Australien. Und die Veba, Großaktionär bei der RAG, ist über die Tochtergesellschaft „Stinnes-Fanal“ der größte Importeur von ausländischer Kohle!

## DKP-Bürgerberatung

dienstags, 17 Uhr,

DKP-Zentrum, Gladbecker Straße 83